

RESOLUTION  
ZU DEN AKTUELL DISKUTIERTEN FREIHANDELSABKOMMEN DER  
EUROPÄISCHEN UNION

AN:

Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender  
SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Internationaler Handel und Handelsabkommen zwischen demokratischen Rechtsstaaten oder ganzen Wirtschaftsräumen wie der EU und Nordamerika können eine Chance für Unternehmen und Arbeitnehmer/innen sein. Sie eröffnen im besten Sinne neue Absatz- und Handelsmöglichkeiten. Deutschland und die Unternehmen im Rhein-Sieg-Kreis sind große Profiteure eines geeinten europäischen Binnenmarktes. Deutsches Wirtschaftswachstum und unsere Arbeitsmarktstatistik zeigen dies deutlich. Eine exportorientierte deutsche Wirtschaft und damit auch die vielen innovativen Unternehmen in unserem Kreis könnten daher von den aktuell debattierten Handelsabkommen profitieren.

Allerdings dürfen Freihandelsabkommen nicht dazu führen, dass Handlungsspielräume der Politik und insbesondere der kommunalen Ebene verengt werden. Ferner dürfen Sozial-, Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutzstandards nicht abgesenkt werden.

Nach unserer Auffassung kann daher ein Abkommen nur dann unterzeichnet werden, wenn die nachstehenden Bedingungen erfüllt sind. Diese gelten insbesondere für die derzeit debattierten Abkommen mit den USA („Transatlantic Trade Investment Partnership“, TTIP) und Kanada („Comprehensive and Economic Trade Agreement“, CETA):

1. Es darf keine vergaberechtlichen Vorgaben für Kreise und Kommunen zugunsten von US-amerikanischen oder kanadischen Unternehmen geben, die über die Vorgaben aus dem EU-Recht oder dem nationalen Recht hinausgehen.
2. Verbote staatlicher Subventionen oder Beihilfen dürfen ebenfalls nicht über die bestehenden Regeln des nationalen Rechts oder des EU-Rechts hinausgehen. Die Förderung von Sport, Kunst, Kultur und sozialem Engagement darf keinen Beschränkungen unterliegen.
3. Die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge muss erhalten werden. Für den Bereich der Daseinsvorsorge dürfen keine Verpflichtungen übernommen werden. Abkommen zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen auf EU-Ebene müssen unberührt bleiben. Kreise und Kommunen wird für die Erbringung von Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse ein umfassender Gestaltungsspielraum eingeräumt. Auch die Daseinsvorsorge durch die freie Wohlfahrtspflege, Kirchen, Sozialverbände etc. muss erhalten werden.
4. Es darf keinen direkten oder indirekten Zwang zur Privatisierung geben.
5. Regelungen zum Investorenschutz mit unbestimmten Generalklauseln wie „indirekte Enteignung“ oder „faire und gerechte Behandlung“ dürfen nicht vereinbart werden. Staat/Investor-Schiedsverfahren außerhalb der nationalen Rechtsordnung lehnen wir ebenfalls ab. Die Möglichkeit einer Schadensersatzforderung aufgrund politischer oder administrativer Maßnahmen darf demokratische Entscheidungen nicht beeinflussen und den Entscheidungsspielraum demokratischer Parlamente einengen.
6. Der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse muss sich auf die Vereinbarung technischer Standards oder die Abschaffung doppelter Zulassungsverfahren, die

tatsächlich vergleichbar sind, beschränken. Ansonsten besteht die Gefahr, dass jedwede regulierende Maßnahme z.B. des Verbraucher- oder Umweltschutzes (auch auf kommunaler Ebene) als unbotmäßiges Handelshemmnis qualifiziert wird.

7. Zur Erhaltung des Handlungsspielraums der Kommunen ist die kommunale Daseinsvorsorge von den Marktzugangspflichten in den Freihandelsabkommen auszunehmen.
8. Stillstands- und Ratchetklauseln, mit denen bestehende Liberalisierungsniveaus festgeschrieben werden sollen, sind abzulehnen. Kommunen muss der Weg der Rekommunalisierung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge offen stehen.
9. Die kommunalen Spitzenverbände müssen in die Beratungen über die Freihandelsabkommen miteinbezogen werden. Die weiteren Verfahrensschritte sind für die Öffentlichkeit transparent zu gestalten.

Der SPD-Ortsverein Swisttal spricht sich gegen die Unterzeichnung von Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA aus, wenn die oben genannten Kriterien nicht erfüllt sind.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung der SPD Swisttal am 4. Dezember 2014